

Vergabestelle: Kienbaum Olympisches und Paralympisches Trainingszentrum für Deutschland e.V. Puschkinstraße 2 15537 Grünheide	Datum der Versendung: 01.09.2025	
	Vergabeart: ☒ Beschränkte Ausschreibung mit öffentlichen Teilnehmerwettbewerb	
	Angebotsschlussstermin	
	Datum: 17.09.2025	Uhrzeit: 12:00Uhr
	Zuschlagsfrist endet am 14 Tage nach Bewilligung der Zuwendung durch den Bund um 24 Uhr	

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Leistung: **Personalbedarfsplanung für das KOPT e.V. gemäß den Vorgaben für den öffentlichen Dienst des Bundes**

Dieses Schreiben enthält folgende **Anlagen**:

- die **beim Bieter verbleiben**:

- ☒ Bewerbungsbedingungen
- ☐ Zusätzliche Vertragsbedingungen
- ☐ Besondere Vertragsbedingungen

-die **mit** dem Angebot **zurückzugeben** sind:

- ☒ Angebotsanschreiben
- ☐ Leistungsbeschreibung ausgefüllt
- ☐ Nachweise gemäß Leistungsbeschreibung
- ☒ Eigenerklärungen zur Eignung - UVgO
- ☒ Besondere Vertragsbedingungen zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen
- ☒ Erklärung Bietergemeinschaft (wenn zutreffend)

1. Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben im Namen und für Rechnung:

Siehe Vergabestelle und nach Erteilung des Zuwendungsbescheides des Bundes

2. Die beigelegten Bewerbungsbedingungen sind zu beachten.

3. Auskünfte werden erteilt, nicht online bereitgestellte Vergabeunterlagen können eingesehen werden bei/beim

Nicht zutreffend

☒ zu den üblichen Bürozeiten; um Terminabstimmung wird gebeten:

Tel.: 03 34 34 – 76 0

E-Mail: evergabe@kienbaum-sport.de

Ansprechpartner*in: Frau Ina Seidel

Nicht online bereitgestellte Vergabeunterlagen sind:

Nicht zutreffend

4. Vorlage von Nachweisen/Angaben durch den Bieter und ggf. Unterauftragnehmer

4.1. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro (netto) wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister Gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Im Angebot sind daher zwingend von allen Bietern die folgenden Angaben zu machen:

- Rechtsform des Bieters:
- Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde:
- Registergericht oder Genehmigungsbehörde:

4.2. Will der Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, technische, finanzielle oder berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch nehmen, hat der Bieter eine Verpflichtungserklärung desselben oder einen anderweitigen Nachweis darüber zu erbringen, dass ihm die Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Zudem hat der Bieter auch für dieses Unternehmen die im Folgenden genannten Unterlagen zum Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen vorzulegen.

☒ Bei der Inanspruchnahme von Kapazitäten, welche die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit betreffen, ist eine vom Bieter und dem betreffenden Unternehmen abgegebene Erklärung über die Übernahme einer gemeinsamen Haftung beizubringen.

4.3. Zum Nachweis der Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind vorzulegen:

- ☒ mit dem Angebot ☐ auf Verlangen der Vergabestelle
- ☒ Eigenerklärungen zur Eignung gemäß Formblatt
 - ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung als vorläufiger Eignungsnachweis
 - ☒ Nachweise gemäß Leistungsbeschreibung

☐ Bieter, die in einem amtlichen Verzeichnis bzw. der Präqualifizierungsdatenbank PQ-VOB eingetragen sind, müssen lediglich ihre Zugangsdaten bzw. ihre Zertifikatsnummer angeben.

5. Die Vergabe erfolgt nach Losen

- ☒ nein
- ☐ ja. Angebote können abgegeben werden
- ☐ nur für ein Los
 - ☐ für ein oder mehrere Lose
 - ☐ für alle Lose

6. ☐ Nebenangebote sind zugelassen.

7. Für Ihre Angebotsabgabe ist das beiliegende Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in einem verschlossenen Umschlag bis zum Einreichungstermin an die Vergabestelle einzusenden oder dort abzugeben. Der Umschlag ist mit anliegendem Kennzettel, sowie mit Ihrem Namen (Firma), Ihrer Anschrift und der Angabe der vorgegebenen Kennzeichnung zu versehen.

8. Angebotsabgabe ausschließlich in schriftlicher Form:

Per Post: Adresse siehe Vergabestelle oder

Per Email: evergabe@kienbaum-sport.de

9. Weitere Angaben:

Vertragsbeginn: nach Erteilung eines Bescheides über eine Zuwendung durch den Bund

Leistungsbeschreibung für eine Personalbedarfsplanung gemäß dem öffentlichen Dienst (Bund) für das KOPT e.V.

Vorab:

Die Vergabe der vorgenannten Dienstleistung kann erst nach erteilten
Zuwendungsbescheid durch den Bund für dieses Projektes vergeben werden.

1. Zielsetzung der Leistung

Die Personalbedarfsplanung hat zum Ziel, den **quantitativen und qualitativen Personalbedarf** für den definierten Aufgabenbereich des KOPT e.V. auf kurz-, mittel- und langfristige Sicht zu ermitteln.

Ziel ist es, jederzeit eine den Aufgaben entsprechende, effiziente und rechtssichere Personalausstattung sicherzustellen, welche den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 und § 17 BHO) entspricht. Derzeit gibt es 65 Personalstellen in Voll- und Teilzeitbeschäftigung und sind in folgende Bereiche gegliedert: Verwaltung, Office, Rezeption, Sportmanagement, Technik, Zimmerdienst und Küche.

2. Leistungsumfang (Preis)

Der Auftragnehmer übernimmt folgende Leistungen:

- **Analyse & Abgrenzung des Untersuchungsbereichs:**
 - Prüfung der bestehenden Organisationsstrukturen und Abläufe.
 - Erstellung eines detaillierten Katalogs aller relevanten Aufgaben und Prozesse (Organisationsuntersuchung).
 - Identifikation und Einbeziehung von Optimierungspotenzialen (Aufgabenkritik, Geschäftsprozessoptimierung).

- **Ermittlung des quantitativen Personalbedarfs:**
 - Datenerhebung zu Arbeitsmengen und mittleren Bearbeitungszeiten in einem repräsentativen Zeitraum¹.
 - Festlegung eines verbindlichen Bezug Zeitraumes für die Bedarfsermittlung.
 - Anwendung anerkannter Methoden der Personalbedarfsermittlung.

- **Berechnung der benötigten Personalressourcen:**

- Umrechnung der ermittelten Arbeitszeitbedarfe auf Vollzeitäquivalente nach gültigen behördlichen Vorgaben (Jahresarbeitsminuten).
- Dokumentation der Berechnungswege und genutzten Kennzahlen.

- **Ermittlung des qualitativen Personalbedarfs:**

- Definition erforderlicher Qualifikationen und Kompetenzen auf Basis bestehender und künftiger Anforderungen.

- **Zusammenstellung und Auswertung der Ergebnisse:**

- Vergleich des berechneten Personalbedarfs mit dem aktuellen Personalbestand (Bestandsabgleich).
- Ableitung, Dokumentation und Empfehlung von Maßnahmen (z.B. Personalaufbau, -abbau oder -entwicklung).

- **Berichtswesen:**

- Zusammenstellung eines nachvollziehbaren, prüfsicheren Ergebnisberichts inkl. Methodik, Datenquellen und ggf. Handlungsempfehlungen für die Berichtspflicht gegenüber Aufsichtsbehörden.
- Präsentation der Ergebnisse.

3. Besondere Anforderungen (Fachexpertise; Projektsteuerung; Projektkommunikation; Qualitätsmanagement; Methodik)

- Die Leistung muss **transparent, prüfbar und nachvollziehbar** dokumentiert werden. Die Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften und Richtlinien (z.B. BHO, Verwaltungsvorschriften, Organisationshandbuch des Bundes zur PDE) ist zwingend.
- Die Auswahl und Durchführung der Methoden sind zu begründen und mit den relevanten Entscheidungsträgern abzustimmen.
- Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt unter Beachtung der Datenschutzvorgaben.
- Der gesamte Erhebungs- und Berechnungsprozess (inkl. Stichprobenwahl und Methodenwahl) ist nachvollziehbar zu protokollieren.
- Darstellung der Projektorganisation; Projektkommunikation und Qualitätsmanagement

4. Zeitlicher Rahmen (Leistungsfähigkeit)

- Der Zeitrahmen für Durchführung und Abschluss der Personalbedarfsplanung ist im Abstimmungsgespräch zu definieren und in einem Ablaufplan darzustellen.

5. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- Zurverfügungstellung interner Daten und Zugang zu relevanten Mitarbeiter/-innen für Interviews, Workshops oder Selbstaufschreibungen.
- Ansprechpartner*innen für Rückfragen zu internen Prozessen, Strukturen und IT-Unterstützung.

Bewerbungsbedingungen

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen (z.B. Preisabsprachen, Austausch von Angebotsteilen), werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden; das Angebot ist an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben.

3.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen. (*Beachte Bestimmungen über Nachforderungen nach § 41 Abs. 2, 3 UVgO.*)

3.4 Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz "oder gleichwertig" und wird vom Bieter dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typenbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter das vorgegebene Fabrikat anbieten will.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Entspricht der Gesamtbetrag einer Position nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Im Leistungsverzeichnis sind die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur solche Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Prozentsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben jedoch Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

- 3.8 Die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/B werden Vertragsbestandteil. Beiliegende AGB des Bieters stellen eine Änderung der Vergabeunterlagen dar und führen zwingend zum Ausschluss.

4 Unterlagen zum Angebot

- 4.1 Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.
- 4.2 Soweit Bescheinigungen verlangt werden, haben ausländische Bewerber bzw. Bieter eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

5 Nebenangebote (*für den Fall, dass diese zugelassen sind*)

- 5.1 Nebenangebote müssen als solche deutlich gekennzeichnet und in einer eigenen Anlage enthalten sein. Die Anzahl der abgegebenen Nebenangebote muss an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle eingetragen werden.
- 5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben.
- 5.3 Nebenangebote müssen alle Elemente umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlich sind.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; es ist anzugeben, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 6.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich (im Anschluss an einen Teilnahmewettbewerb) erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Unterauftragnehmer (*sofern kein umfassendes Selbstausführungsgebot*)

Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Unterauftragnehmer auszuführenden Leistungen angeben und die jeweils dafür vorgesehenen Unterauftragnehmer benennen. Auf Verlangen hat der Bieter auch für die Unterauftragnehmer die geforderten Eignungsnachweise beizubringen.

8 Eignungsleihe

- 8.1 Beabsichtigt der Bieter für den Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen, finanziellen, technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen, so muss er eine Verpflichtungserklärung dieses dritten Unternehmens vorlegen, um nachzuweisen, dass ihm dessen Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen werden.
- 8.2 Für das beanspruchte Unternehmen sind ebenfalls die geforderten Eignungsnachweise zu erbringen.

9 Angebotsfrist

Die Angebotsfrist läuft mit dem in der "Aufforderung zur Abgabe eines Angebots" genannten Termin ab.

10 Zuschlagskriterien

Für den Zuschlag sind im Einzelnen folgende **Kriterien** maßgeblich:

☒ Preis	☒ Methodik	☐ Rentabilität
☒ Fachexpertise	☐ Umwelteigenschaften	☐ Kundendienst und technische Hilfe
☒ Leistungsfähigkeit	☐ Betriebskosten	☐ Lieferzeitpunkt, Lieferungs- oder Ausführungsfrist
☒ Projektsteuerung, Projektkommunikation, Qualitätssicherung	☐ Lebenszykluskosten	☐

Gewichtung:

Preis	20% mit max. 18 Punkten
Fachexpertise	20% mit max. 15 Punkten
Leistungsfähigkeit	20% mit max. 10 Punkten
Projektsteuerung; Projektkommunikation; Qualitätssicherung	20% mit max. 20 Punkten
Methodik	20% mit max. 10 Punkten

11 Rückgabe der Unterlagen

Der Auftraggeber ist gesetzlich zur Aufbewahrung der im Rahmen eines Vergabeverfahrens von den Bietern eingereichten Unterlagen verpflichtet. Eine Rückgabe der Unterlagen an die Bieter ist daher ausgeschlossen. Der Auftraggeber wird die Unterlagen selbstverständlich im Sinne der geltenden Gesetze aufbewahren und auch die Vorgaben des Urheberrechts beachten und einhalten.

12 Datenschutz - Datenverarbeitung

Mit der Einreichung eines Angebots und ihrer Unterschrift erklären Sie sich einverstanden, dass die Daten des Angebots zu Auswertungszwecken in einem automatisierten Verfahren verarbeitet werden dürfen.

Name und Anschrift des Bieters:

Vergabe Nr.: **2025.PDE.KOPT**

Zuschlags- und Bindefrist endet am:
siehe Vergabeunterlagen

Angebotsfrist:

Datum **17.09.2025** Uhrzeit **12.00Uhr**

Name und Anschrift der Stelle,
bei der das Angebot einzureichen ist:

**Kienbaum Olympisches und Paralympisches
Trainingszentrum für Deutschland e.V.
Puschkinstraße 2
15537 Grünheide**

Angebot für: Beschränkte Ausschreibung mit Teilnehmerwettbewerb

Dem Angebot sind als Anlagen beigelegt:

- ☒ Leistungsbeschreibung
- ☐ Preisblatt(blätter)
- ☐ Datenblatt(blätter) zu _____
- ☐ Erklärung gemäß Frauenförderverordnung
- ☒ Eigenerklärung zur Eignung - UVgO
- ☒ Eigenerklärung zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen
- ☐ Eigenerklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen
- ☐ Erklärung zur Qualifizierung des einzusetzenden Personals
- ☐ Nachweise gemäß Leistungsbeschreibung
- _____
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____

Ich / Wir biete(n) die Ausführung der in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von mir / uns genannten Preisen und unter Anerkennung aller vorgegebenen Vertragsbestandteile an.

An dieses Angebot halte(n) ich mich / wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Teile des Angebots.

Das Angebot wurde unterzeichnet von: _____

(Datum / Stempel und Unterschrift)

Hinweis:

Wird das Angebotsschreiben an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt das Angebot als nicht abgegeben. Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die elektronische Signatur die händische Unterschrift.

Eigenerklärungen zur Eignung – UVgO

Bei Eintragung in das Amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich ersetzt eine Kopie des Bescheids diese Erklärung.

(Auszufüllen sofern von der Vergabestelle angekreuzt)

Bieter (Name, Unternehmen)

☐ Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	Jahr	€

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

☒ Angabe von Referenzen

1. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

2. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

3. Referenz: Leistung, Auftragswert und Auftraggeber (Ansprechpartner und Telefonnr.)

--	--	--

☒ Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte :

Jahr	Jahr	Jahr

☒ Mein/ Unser Betrieb ist in folgender Berufsgenossenschaft:

Bezeichnung:

Mitgliedsnummer:

☒ Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

☒ Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter

Nummer:

beim Amtsgericht:

	☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	
☐ Über mein/unser Unternehmen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen wurde beantragt oder mangels Masse abgelehnt oder das Unternehmen ist faktisch zahlungsunfähig.	ja	nein
	☐	☐

Hiermit wird erklärt, dass nachweislich auf keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, ein zwingender Ausschlussgrund (§ 123 Abs. 1 GWB) zutrifft und ob eine schwere Verfehlung, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) oder ein weiterer fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

☐ Es liegt **keine** rechtskräftige Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der folgenden Straftaten bzw. nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten vor (§ 123 GWB):

§ 129 StGB *Bildung krimineller Vereinigungen*
 § 129a StGB *Bildung terroristischer Vereinigungen*
 § 129b StGB *Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland*
 § 89c StGB *Terrorismusfinanzierung bzw. Beteiligung an einer solchen Tat*
 § 261 StGB *Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte*
 § 263 StGB *Betrug*
 § 264 StGB *Subventionsbetrug*
 § 299 StGB *Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr*
 § 108e StGB *Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern*
 §§ 333, 334 StGB *Vorteilsgewährung und Bestechung*, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB
 Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung - *Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr*
 §§ 232, 233 StGB *Menschenhandel*
 § 233a StGB *Förderung des Menschenhandels*

☐ Des Weiteren liegt **kein** Ausschlussgrund nach §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG, §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 98c AufenthG infolge der Belegung mit einer Geldbuße in Höhe von wenigstens 2.500 € bzw. infolge einer rechtskräftigen Verurteilung zu mehr als drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen wegen illegaler Beschäftigung vor. Es liegen daher im Gewerbezentralregister keine Eintragungen bezüglich dieser Vorschriften oder bezüglich § 81 Abs. 1 – 3 GWB vor, die Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach § 150a GewO sein können.

Liegt ein fakultativer Ausschlussgrund wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen eine der folgenden Vorschriften vor (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)?

§ 70 StGB <i>Anordnung des Berufsverbots</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 132a StPO <i>Vorläufiges Berufsverbot</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 242 StGB <i>Diebstahl</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 246 StGB <i>Unterschlagung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 253 StGB <i>Erpressung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 259 StGB <i>Hehlerei</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 264 StGB <i>Subventionsbetrug</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 265b StGB <i>Kreditbetrug</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 266 StGB <i>Untreue</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 267 StGB <i>Urkundenfälschung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 268 StGB <i>Fälschung technischer Aufzeichnungen</i>	☐ Ja	☐ Nein
§§ 283 – 283d StGB <i>Insolvenzstraftaten</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 298 StGB <i>Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 306 StGB <i>Brandstiftung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 319 StGB <i>Baufähigung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§§ 324, 324a StGB <i>Gewässer- oder Bodenverunreinigung</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 326 StGB <i>Unerlaubter Umgang mit Abfällen</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 35 GewO <i>Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 17 Abs. 2 UWG <i>Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen</i>	☐ Ja	☐ Nein
§ 1 GWB <i>Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen</i>	☐ Ja	☐ Nein

Wurde bei der Ausführung eines öffentlichen Auftrags schon einmal gegen geltende Vorschriften verstoßen? (Verstoß im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

Verstoß gegen umweltrechtliche Vorschriften?	☐ Ja	☐ Nein
Verstoß gegen sozialrechtliche Vorschriften?	☐ Ja	☐ Nein
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Vorschriften?	☐ Ja	☐ Nein

Besteht ein Interessenkonflikt, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber bei der Durchführung des Vergabeverfahrens in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

Besteht eine Wettbewerbsverzerrung dadurch, dass dieses Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

Hat dieses Unternehmen bei der Ausführung eines früheren Auftrags oder Konzessionsvertrags eine wesentliche Anforderung erheblich oder dauerhaft mangelhaft erfüllt, woraus eine vorzeitige Beendigung, eine Schadensersatzpflicht oder eine vergleichbare Rechtslage resultierte (§ 134 Abs. 1 Nr. 7 GWB)?

☐ Ja

☐ Nein

☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift

Vergabenummer 2025.PDE:KOPT	
Maßnahme Vergabeverhandlung mit Teilnehmerwettbewerb zur Personalbedarfplanung	
Leistung/CPV Dienstleistung im Bereich der Personalbedarfsplanung (79625000-2)	

Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die der nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) einzuhaltende Tarifvertrag vorgibt, oder andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte einzuhalten.
- seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens den gesetzlichen Mindestlohn zu bezahlen.
- die von ihm beauftragten Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) oder Verleiher schriftlich zu verpflichten, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen der zu erfüllenden Vertragsleistung mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die für die vom Nachunternehmer (Unterauftragnehmer) oder dem Vertragspartner des Verleihers zu erbringende Leistung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) oder nach anderen gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte maßgeblich sind.
- sicherzustellen, dass die Verpflichtung auf einen von ihm beauftragten Unterauftragnehmer oder Verleiher schriftlich übertragen wird und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen.
- sicherzustellen, dass die von ihm beauftragten Unterauftragnehmer oder Verleiher ihrerseits den von ihnen beauftragten Unterauftragnehmer oder Verleihern die o.a. Verpflichtungen schriftlich übertragen und sich dazu verpflichten, dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen.

Die Verpflichtungen gelten nicht bei Dienstleistungen, die von ausländischen Unterauftragnehmern im Ausland erbracht werden.

Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Unterauftragnehmer schuldhaft gegen die o.a. Verpflichtungen, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H., bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme vereinbart.

Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer oder einen von diesem eingesetzten Unterauftragnehmer begangen wird.

Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung.

Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.

Eigenerklärung zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen

Ich erkläre / Wir erklären,

- mit meiner/unseren Unterschrift/en die vorstehend aufgeführten Besonderen Vertragsbedingungen zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen einzuhalten,
- meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen (Tarifvertragliche Regelungen bleiben davon unberührt). Die Verpflichtung gilt nicht bei Dienstleistungen, die von ausländischen Unterauftragnehmern im Ausland erbracht werden.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass ein Verstoß gegen diese Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben und mein/unser Unternehmen bis zur Dauer von drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden kann.

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Hinweis:

Bei Teilnahme am schriftlichen Vergabeverfahren ist die Erklärung an dieser Stelle zu unterschreiben.